

**Hochschulanzeiger
Nr. 139/2019 vom 15. Februar 2019**

Herausgeber:
Präsidium der HAW Hamburg

Redaktion:
Ann Kristin Spreen
Tel.: 040.428759042

Bekanntmachung gemäß § 108 Absatz 5 Satz 2 des Hamburgischen Hochschulgesetzes vom 18. Juli 2001 (HmbGVBl. S. 171), zuletzt geändert am 29. Mai 2018 (HmbGVBl. S. 200)

Im Hochschulanzeiger der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, dem hochschulinternen Verkündungsblatt, werden Satzungen, Ordnungen und Richtlinien der Hochschule, die nicht im Amtlichen Anzeiger der Freien und Hansestadt Hamburg veröffentlicht werden müssen, bekannt gegeben. Mit dem Datum der Veröffentlichung im Hochschulanzeiger treten die nachfolgenden Satzungen, Ordnungen und Richtlinien in Kraft. Der Hochschulanzeiger wird auch im Internet der HAW Hamburg unter „Aktuell/Publikationen/Hochschulanzeiger“ veröffentlicht.

Inhaltsverzeichnis:

Seite Inhalt

- S. 2 Satzung zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis und zur Vermeidung wissenschaftlichen Fehlverhaltens an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW Hamburg)**
- S. 14 Satzung der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg über die Verarbeitung personenbezogener Daten**

**Satzung zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis und zur Vermeidung
wissenschaftlichen Fehlverhaltens an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften
Hamburg
(HAW Hamburg)**

vom 20. Dezember 2018

Der Hochschulsenat der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg hat am 20. Dezember 2018 gemäß § 9 Absatz 2 Satz 3 Hamburgisches Hochschulgesetz vom 18. Juli 2001 (HmbGVBl. 2001, S. 171) zuletzt geändert am 29. Mai 2018 (HmbGVBl. S. 200) die „Satzung zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis und zur Vermeidung wissenschaftlichen Fehlverhaltens an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW Hamburg)“ beschlossen.

VORWORT

Diese Satzung bezieht sich auf die Denkschrift „Sicherung guter wissenschaftliche Praxis – Safeguarding Good Scientific Practice“ der DFG (1998) in der Fassung vom 3. Juli 2013. Sie werden ergänzt durch Empfehlungen und Regelungen, die von anderen Institutionen zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis allgemein oder für einzelne Fachdisziplinen erlassen werden.

Vorrangiges Anliegen dieser Grundsätze zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis und zur Vermeidung wissenschaftlichen Fehlverhaltens ist es, ein System der wissenschaftlichen Selbstkontrolle an der HAW Hamburg zu etablieren und das Bewusstsein für die Grundregeln wissenschaftlicher Praxis zu schärfen, lebendig zu halten und sie den Studierenden sowie dem wissenschaftlichen Nachwuchs als selbstverständliche Bedingungen wissenschaftlicher Arbeit frühzeitig und stets aufs Neue zu vermitteln. Mit der Satzung zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis und zur Vermeidung wissenschaftlichen Fehlverhaltens soll auch deutlich gemacht werden, dass die HAW Hamburg wissenschaftliches Fehlverhalten nicht akzeptieren kann, weil damit das Vertrauen der Öffentlichkeit in Wissenschaft und Forschung untergraben und das der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Forscherinnen und Forscher untereinander zerstört wird.

§ 1 Geltungsbereich

Diese Satzung gilt für alle an der HAW Hamburg wissenschaftlich Tätigen. Dazu gehören insbesondere Professorinnen und Professoren wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Professorinnen und Professoren gemäß § 17 Abs. 1 HmbHG, Studierende, Promovierende sowie Angehörige des nicht-wissenschaftlichen Personals, sofern sie in wissenschaftlichen Bereichen tätig sind. Für den genannten Personenkreis findet diese Satzung auch dann Anwendung, wenn sie nicht mehr an der HAW Hamburg tätig sind, sie aber von einem Vorwurf möglichen wissenschaftlichen Fehlverhaltens betroffen sind, der ihre dortige Tätigkeit

betrifft. Diese Satzung gilt nicht, soweit in den Prüfungs- und Studienordnungen abweichende Regelungen, insbesondere zur Abnahme von Prüfungen oder Zuständigkeiten getroffen sind.

§ 2 Gute wissenschaftliche Praxis

(1) Wissenschaftliche Arbeit beruht auf Grundprinzipien, die in allen wissenschaftlichen Disziplinen gleichermaßen gelten. Oberstes Prinzip ist die Wahrhaftigkeit gegenüber sich selbst und anderen. Sie ist zugleich ethische Norm und Grundlage der von Disziplin zu Disziplin verschiedenen Regeln wissenschaftlicher Professionalität, d. h. guter wissenschaftlicher Praxis.

(2) Zu guter wissenschaftlicher Praxisgehören insbesondere

a) allgemeine Prinzipien wissenschaftlicher Arbeit, insbesondere

- lege artis zu arbeiten,
- Resultate zu dokumentieren,
- alle Ergebnisse konsequent selbst anzuzweifeln,
- strikte Ehrlichkeit im Hinblick auf die Beiträge von Partnerinnen und Partnern, Konkurrentinnen und Konkurrenten sowie Vorgängerinnen und Vorgängern zu wahren.

b) Zusammenarbeit und Leitungsverantwortung in Arbeitsgruppen,

c) die Betreuung des wissenschaftlichen Nachwuchses,

d) die Sicherung und Aufbewahrung von Primärdaten,

e) wissenschaftliche Veröffentlichungen als Medium der Rechenschaft von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern über ihre Arbeit,

f) die Achtung fremden geistigen Eigentums,

g) die Einhaltung ethischer Standards bei der Durchführung von Erhebungen, Studien und Experimenten.

(3) Gute wissenschaftliche Praxis lässt sich nur durch das Zusammenwirken aller Mitglieder und Angehörigen der HAW Hamburg verwirklichen. Die Einhaltung und Vermittlung der dafür maßgebenden Regeln obliegt in erster Linie den einzelnen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Forscherinnen und Forschern, auch soweit sie als Projektleiterinnen und Projektleiter, Leiterinnen und Leitern von Arbeitsgruppen, Betreuerinnen und Betreuern oder sonst wie als Vorgesetzte tätig sind. Die Fakultäten, Departments und sonstigen wissenschaftlichen Organisationseinheiten nehmen die ihnen übertragenen Aufgaben in Forschung, Lehre, Studium, der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und in der Organisation des Forschungs- und Wissenschaftsbetriebes wahr. Sie sind daher durch ihre Einzel- und Kollegialorgane dafür verantwortlich, die organisatorisch-institutionellen Voraussetzungen für die Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis zu schaffen.

§ 3 Wissenschaftliches Fehlverhalten

(1) Wissenschaftliches Fehlverhalten liegt vor, wenn in einem wissenschaftserheblichen Zusammenhang bewusst oder grob fahrlässig ethische Normen verletzt werden, Falschangaben gemacht werden, geistiges Eigentum anderer verletzt oder sonst wie deren Forschungstätigkeit oder andere wissenschaftliche Tätigkeit beeinträchtigt wird. Entscheidend sind jeweils die Umstände des Einzelfalles.

(2) Ein wissenschaftliches Fehlverhalten liegt insbesondere vor bei:

a) Falschangaben durch

- Erfinden von Daten,
- Verfälschung von Daten und Quellen, wie z. B. durch Unterdrücken von relevanten Quellen, Belegen oder Texten, Manipulation von Quellen, Darstellung oder Abbildungen, Auswählen und Zurückweisen unerwünschter Ergebnisse ohne Offenlegung,
- unrichtige Angaben in einem Bewerbungsschreiben oder einem Förderantrag (einschließlich Falschangaben zum Publikationsorgan und zu in Druck befindlichen Veröffentlichungen),
- unrichtige Angaben zur wissenschaftlichen Leistung von Bewerberinnen und Bewerbern in Auswahl- oder Gutachterkommissionen.

b) Verletzung geistigen Eigentums in Bezug auf ein – von einem anderen geschaffenes – urheberrechtliches Werk oder von an- deren stammende wesentliche wissenschaftliche Erkenntnisse, Hypothesen, Lehren oder Forschungsansätze durch

- unbefugte Verwertung unter Anmaßung der Autorschaft (Plagiat),
- Ausbeutung von Forschungsansätzen und Ideen, insbesondere als Gutachterin oder Gutachter (Ideendiebstahl),
- Anmaßung wissenschaftlicher Autor- oder Mitautorschaft ohne eigenen wissenschaftlichen Beitrag,
- Verfälschung des Inhalts,
- unbefugte Veröffentlichung oder unbefugtes Zugänglichmachen gegenüber Dritten, solange das Werk, die Erkenntnis, die Hypothese, der Lehrinhalt oder der Forschungsansatz noch nicht veröffentlicht ist,
- Inanspruchnahme der (Mit-)Autorschaft einer anderen Person ohne deren Einverständnis

c) Beeinträchtigungen der Forschungstätigkeit anderer durch

- Sabotage von Forschungstätigkeit anderer, wie z. B. durch
 - Beschädigen, Zerstören oder Manipulieren von Versuchsanordnungen, Geräten, Unterlagen, Hardware, Software, Chemikalien oder sonstiger Sachen, die ein anderer zur Durchführung eines Experiments benötigt,
 - arglistiges Verstellen oder Entwenden von Büchern, Archivalien, Handschriften, Datensätzen,
 - vorsätzliche Unbrauchbarmachung von wissenschaftlich relevanten Informationsträgern,
- Beseitigung von Primärdaten, soweit damit gegen gesetzliche Bestimmungen oder fachspezifisch anerkannte Grundsätze wissenschaftlicher Arbeit verstoßen wird,
- unerlaubtes Vernichten oder unerlaubte Weitergabe von Forschungsmaterial,
- Beendigung wissenschaftlicher Zusammenarbeit ohne hinreichenden Grund,
- Verhinderung der Publikation von Forschungsergebnissen,
- Verweigerung der Mitwirkung bei der Aufklärung wissenschaftlichen Fehlverhaltens.

(3) Ein leichtfertiger Umgang mit Vorwürfen wissenschaftlichen Fehlverhaltens, insbesondere die Erhebung bewusst unrichtiger Vorwürfe kann ebenfalls eine Form wissenschaftlichen Fehlverhalten darstellen. Die Anzeige eines wissenschaftlichen Fehlverhaltens hat im guten

Glauben zu erfolgen. Vorwürfe dürfen nicht ungeprüft und ohne hinreichende Kontrolle der Fakten erhoben werden.

(4) Eine Mitverantwortung für Fehlverhalten kann sich unter anderem ergeben aus aktiver Beteiligung am Fehlverhalten anderer, dem Mitwissen um Fälschungen durch andere, der Mitautorschaft an fälschungsbehafteten Veröffentlichungen sowie grober Vernachlässigung der Aufsichtspflicht.

§ 4 Vermeidung wissenschaftlichen Fehlverhaltens

(1) Die Grundsätze wissenschaftlichen Arbeitens und guter wissenschaftlicher Praxis sollen den Studierenden bereits zu Beginn ihres Studiums vermittelt werden. Dabei sollen die Studierenden zu Ehrlichkeit und Verantwortlichkeit in Wissenschaft und Forschung erzogen werden. Die Möglichkeit wissenschaftlichen Fehlverhaltens ist angemessen zu thematisieren, um Studierende und Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler entsprechend zu sensibilisieren.

(2) Bei der Durchführung von Forschungsaufgaben sollen nach Möglichkeit wissenschaftliche Arbeitsgruppen gebildet werden. Das Zusammenwirken in solchen Arbeitsgruppen soll so ausgestaltet sein, dass die in spezialisierter Arbeitsteilung erzielten Ergebnisse gegenseitig mitgeteilt, einem kritischen Diskurs unterworfen und in einen gemeinsamen Kenntnisstand integriert werden können.

(3) Die Betreuung des wissenschaftlichen Nachwuchses ist sicherzustellen. Die Anlage 1 (Betreuung des wissenschaftlichen Nachwuchses an der HAW Hamburg) ist in ihrer jeweils geltenden Fassung zu beachten.

(4) Bei Leistungs- und Bewertungskriterien für Prüfungen, für Beförderungen, Einstellungen, Berufungen und Mittelzuweisungen gilt, dass Qualität und Originalität als Bewertungsmaßstab stets Vorrang vor Quantität haben.

(5) Primärdaten als Grundlagen für Veröffentlichungen sollen auf haltbaren und gesicherten Trägern in der Institution, in der sie entstanden sind, für zehn Jahre aufbewahrt werden, sofern nicht spezielle Regelungen eine längere Aufbewahrung vorsehen, bzw. aus datenschutzrechtlichen oder anderen Gründen eine kürzere Aufbewahrung geboten ist.

§ 5 Wissenschaftliche Veröffentlichungen/Autorenschaft

Es ist strikte Ehrlichkeit im Hinblick auf die Beiträge von Partnerinnen und Partnern, Konkurrentinnen und Konkurrenten sowie Vorgängerinnen und Vorgängern zu wahren. Nur wer wesentlich zur Forschung beigetragen hat, darf als Mit-Autorin oder -Autor bezeichnet werden. Autorinnen und Autoren tragen die Verantwortung für den Inhalt von wissenschaftlichen Veröffentlichungen stets gemeinsam. Eine sogenannte „Ehrenautorschaft“ ist unzulässig.

§ 6 Ombudspersonen

(1) Die Präsidentin oder der Präsident ernennt auf Vorschlag des Hochschulsenats für die Dauer von drei Jahren vier aktive Professorinnen oder Professoren der HAW Hamburg als Vertrauenspersonen sowie Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner (Ombudspersonen). Sie sollen über ausgeprägte Erfahrungen in der Durchführung von Forschungsprojekten und in der Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses sowie über nationale und internationale Kontakte verfügen. Professoren bzw. Professorinnen, die aufgrund der ihnen möglicherweise zugehenden Informationen selbst zu einschlägigem Handeln verpflichtet sind, beispielsweise als Mitglied des

Präsidiums, Dekanin oder Dekan oder Prodekanin oder Prodekan sowie Personen, die andere Leitungspositionen innehaben, sollen nicht zu Ombudspersonen ernannt werden. Eine Ernennung für zwei weitere Amtszeiten ist möglich. Die Ombudspersonen werden in geeigneter Weise bekannt gemacht.

(3) Die Ombudspersonen arbeiten unabhängig, sind nicht weisungsgebunden und erfüllen die Aufgabe unparteiischer Schiedspersonen. Die Ombudspersonen vertreten sich gegenseitig.

(4) Die Ombudspersonen sind zur Vertraulichkeit verpflichtet. Dies gilt nicht, soweit die Verdachtsmomente bereits über den Kreis der unmittelbar Betroffenen hinaus bekannt sind oder weitere Personen mit dem Einverständnis der Betroffenen in das Vertrauen einbezogen werden; dies schließt auch die Identität der informierenden Person ein. Ohne die Zustimmung von Ratsuchenden dürfen die Ombudspersonen die anvertrauten Informationen nur dann und insoweit weitergeben, als es sich um den begründeten Verdacht eines derart schwerwiegenden wissenschaftlichen Fehlverhaltens handelt, das bei dessen Nichtverfolgung erheblichen Schaden für die HAW Hamburg, deren Mitglieder oder für Dritte zur Folge hätte. In diesem Falle informieren die Ombudspersonen den Präsidenten/die Präsidentin.

(5) Für die Ombudspersonen gelten die Regelungen zur Befangenheit aus den §§ 20, 21 des Hamburgischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (HmbVwVfG).

(6) Die Ombudspersonen legen dem Präsidium jährlich einen Arbeits- und Erfahrungsbericht vor.

§ 7 Anrufbarkeit der Ombudspersonen

(1) Die Ombudspersonen können durch jeden angerufen werden, um einen Verdacht wissenschaftlichen Fehlverhaltens an der HAW Hamburg darzulegen. Dieses Recht steht auch denjenigen zu, die sich dem Verdacht wissenschaftlichen Fehlverhaltens ausgesetzt sehen. Die Information über mutmaßliches wissenschaftliches Fehlverhalten soll schriftlich erfolgen. Sollte die Information mündlich erfolgen, ist dies schriftlich zu dokumentieren.

(2) Jedes Mitglied und jeder Angehörige der HAW Hamburg hat Anspruch darauf, die Ombudspersonen innerhalb kurzer Frist persönlich zu sprechen.

§ 8 Verfahren der Ombudspersonen

(1) Die Ombudspersonen beraten diejenigen, die sie über ein mutmaßliches wissenschaftliches Fehlverhalten informieren sowie das Präsidium und die Dekanate in grundsätzlichen Fragen guter wissenschaftlicher Praxis und können dazu Empfehlungen aussprechen. Die Ombudspersonen prüfen die Hinweise auf ein wissenschaftliches Fehlverhalten auf ihren Wahrheitsgehalt und ihre Bedeutung, auf mögliche Motive und im Hinblick auf Möglichkeiten zur Ausräumung der Vorwürfe. Soweit ein Hinweis nicht plausibel dargelegt ist, wird der Hinweisgeberin/dem Hinweisgeber Gelegenheit gegeben, den Vorwurf binnen einer durch die Ombudspersonen festzusetzenden Frist zu konkretisieren.

(2) Sofern nach Ablauf der Frist keine Hinweise auf ein wissenschaftliches Fehlverhalten festzustellen sind, wird von der Weiterleitung an die Kommission abgesehen. Die Ombudspersonen teilen diese Entscheidung der Hinweisgeberin/dem Hinweisgeber mit. Die Mitteilung ist zu begründen.

(3) Bei Vorliegen von Hinweisen auf ein wissenschaftliches Fehlverhalten geben die Ombudspersonen den Beschuldigten, unter Darstellung des geschilderten Sachverhalts, Gelegenheit, innerhalb einer durch die Ombudspersonen festzusetzenden Frist, zu den Vorwürfen schriftlich Stellung zu nehmen.

(4) Die Ombudspersonen können unter Wahrung der Interessen der Beteiligten weiteren Informationen oder Stellungnahmen einholen.

(5) Sofern die Stellungnahmen oder Informationen nach den Absätzen 3 und 4 die erhobenen Vorwürfe auf ein wissenschaftliches Fehlverhalten entkräften, können die Ombudspersonen das Verfahren unter Angabe einer Begründung einstellen.

(6) Wird das Verfahren nicht nach den Absätzen 2 oder 5 eingestellt, übergeben die Ombudspersonen den Vorgang schriftlich unter Wahrung der Vertraulichkeit zum Schutz der Hinweisgeberin/des Hinweisgebers und der bzw. des Betroffenen, dem Fehlverhalten vorgeworfen wird, an die Vorsitzende oder den Vorsitzenden der Kommission.

(7) Das Verfahren der Ombudspersonen soll innerhalb von drei Monaten abgeschlossen sein.

§ 9 Kommission

(1) Die Kommission stellt fest, ob ein wissenschaftliches Fehlverhalten vorliegt und gibt Empfehlungen für mögliche Sanktionen ab.

(2) Die Kommission besteht aus 3 Mitgliedern der Hochschule. Die Mitglieder der Kommission, die nicht gleichzeitig Ombudspersonen sein dürfen, werden von der Präsidentin oder dem Präsidenten auf Vorschlag des Hochschulsenats für die Dauer von drei Jahren ernannt. Eine Ernennung für zwei weitere Amtszeiten ist möglich. Die Voraussetzungen der Mitgliedschaft in der Kommission entsprechen § 6 Absatz 1 Sätze 2 und 3.

(3) Die Kommission wählt aus ihrer Mitte eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Die Kommission tritt bei Bedarf, in der Regel aber einmal im Semester auf Antrag eines ihrer Mitglieder bzw. auf Einladung der oder des Vorsitzenden zur Beratung zusammen. Die Kommission tagt nichtöffentlich. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst. Die Sitzungen sind zu protokollieren.

(4) An den Sitzungen der Kommission sollen auf Vorschlag der Kommission die Ombudspersonen sowie je eine Vertreterin oder ein Vertreter der im Einzelfall beteiligten Statusgruppen mit beratender Stimme teilnehmen. In begründeten Fällen können weitere Personen als Sachkundige mit beratender Stimme hinzugezogen werden.

(5) Die Regelungen aus § 6 Absätze 4 und 5 gelten entsprechend.

(6) Die Unterlagen und Akten zu Anfragen der Kommission sind für 30 Jahre aufzubewahren.

(7) Die Kommission erstattet der Präsidentin oder dem Präsidenten der HAW Hamburg jährlich Bericht.

§ 10 Verfahren bei wissenschaftlichem Fehlverhalten

(1) Die Kommission ist berechtigt, die zur Aufklärung des Sachverhalts erforderlichen weiteren Informationen und Stellungnahmen einzuholen und im Einzelfall auch Fachgutachter aus dem betroffenen Forschungsbereich sowie andere Expertinnen und Experten hinzuziehen. Die Kommission prüft in freier Beweiswürdigung, ob ein wissenschaftliches Fehlverhalten vorliegt. Der oder dem Betroffenen sind die belastenden Tatsachen und gegebenenfalls Beweismittel unverzüglich zur Kenntnis zu geben. Ihr bzw. ihm sowie der Hinweisgeberin/dem Hinweisgeber ist in geeigneter Weise Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Die Einholung einer schriftlichen Stellungnahme ist mit einer Frist zu versehen. Sie sind auf ihren Wunsch auch mündlich anzuhören. Die oder der Betroffene wie auch die Hinweisgeberin/der Hinweisgeberin kann eine Person ihres bzw. seines Vertrauens als Beistand hinzuziehen.

- (3) Eine Ombudsperson kann Verdachtsmomente auch für eine Hinweisgeberin/einen Hinweisgeber vortragen, ohne dass deren oder dessen Identität preisgegeben werden muss. Ist die Identität der Hinweisgeberin/des Hinweisgebers der oder dem Betroffenen nicht bekannt, so ist diese offen zu legen, wenn die oder der Betroffene sich andernfalls nicht sachgerecht verteidigen kann, insbesondere weil der Glaubwürdigkeit der Hinweisgeberin/des Hinweisgebers für die Feststellung des Fehlverhaltens wesentliche Bedeutung zukommt. Die Bekanntgabe der Identität kann ausnahmsweise entfallen, wenn die Sach- und Beweislage offenkundig ist.
- (4) Die Kommission legt der Präsidentin oder dem Präsidenten der HAW Hamburg über das Ergebnis ihrer Untersuchung einen schriftlichen Abschlussbericht mit einer Empfehlung zum weiteren Verfahren vor. Zugleich unterrichtet sie die beschuldigten Personen und die Hinweisgeberin/den Hinweisgeber über das wesentliche Ergebnis ihrer Ermittlungen.
- (5) Die Kommission erstellt den Abschlussbericht innerhalb von sechs Monaten, sofern nicht die Komplexität und Schwierigkeit des Sachverhalts eine spätere Entscheidung rechtfertigt.
- (6) Die Präsidentin oder der Präsident der HAW Hamburg entscheidet auf der Grundlage des Abschlussberichts und der Empfehlung der Kommission, ob das Verfahren einzustellen ist oder ob ein wissenschaftliches Fehlverhalten hinreichend erwiesen ist. Im letzteren Fall entscheidet sie bzw. er auch über die zu treffenden Maßnahmen. Ist der Verdacht eines wissenschaftlichen Fehlverhaltens zu Unrecht erhoben worden, sorgt die Präsidentin oder der Präsident für eine Rehabilitation der beschuldigten Personen.
- (7) Auf Grundlage der Entscheidung der Präsidentin/des Präsidenten leiten die jeweils zuständigen Stellen je nach Sachverhalt bspw. arbeits-, zivil-, strafrechtliche oder ordnungsrechtliche Maßnahmen mit den entsprechenden Verfahren ein (s. Anlage 2: Mögliche Empfehlungen und Sanktionen bei wissenschaftlichem Fehlverhalten).

§ 11 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit ihrer Veröffentlichung im Hochschulanzeiger der HAW Hamburg in Kraft. Gleichzeitig tritt die Richtlinie zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis und zur Vermeidung wissenschaftlichen Fehlverhaltens an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW Hamburg) vom 19. Juni 2003 außer Kraft.

Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg

Hamburg, den 20. Dezember 2018

Anlage 1: Betreuung des wissenschaftlichen Nachwuchses an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg

Die Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW Hamburg) beteiligt sich bereits seit längerem an kooperativen Promotionsverfahren mit promotionsberechtigten Hochschulen im In- und Ausland (Universitäten). Promotionen, die an der HAW Hamburg in Zusammenarbeit mit Universitäten erstellt werden, sind Prüfungsarbeiten der Universität. Aus dem Blickwinkel der Universität ist die HAW Hamburg externer Partner, jedoch in Abhängigkeit von der konkreten Ausgestaltung der kooperativen Promotion institutionell in zunehmender Verantwortung für die Betreuung und den Erfolg eines Promotionsvorhabens. Die originäre Forschungsleistung und damit der Nachweis der Befähigung zu vertiefter selbständiger wissenschaftlicher Arbeit entsteht bei diesen kooperativen Promotionsverfahren in der Regel an der HAW Hamburg und wird hier betreut. Die HAW Hamburg ist als Institution verantwortlich für die erfolgreiche Betreuung selbständiger und originärer Forschungsleistungen und der Qualifizierung von Doktorandinnen und Doktoranden.

In der `Empfehlung 4: Betreuung des wissenschaftlichen Nachwuchses´ gibt das DFG-Memorandum zur `Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis´ (2013) den Hochschulen auf, *Betreuungsgrundsätze für die Betreuung des wissenschaftlichen Nachwuchses* zu entwickeln und ein *Betreuungskonzept für Doktorandinnen und Doktoranden* zu erstellen. Die folgenden Grundsätze für die Betreuung des wissenschaftlichen Nachwuchses an der HAW Hamburg dienen der Umsetzung dieser Empfehlung der DFG.

A. Grundsätze für die Betreuung des wissenschaftlichen Nachwuchses

I. Anwendungsbereich

Die folgenden Grundsätze gelten für an der HAW Hamburg betreute Promotionen.

Ein Promotionsvorhaben gilt als an der HAW Hamburg betreut, sofern eine schriftliche Zulassungs- / Betreuungsbestätigung der kooperierenden Universität vorliegt und zusätzlich entweder die Immatrikulation an der HAW Hamburg erfolgt und/oder eine Betreuungsvereinbarung des/der Promovierenden mit dem/der betreuenden Professor/in der HAW Hamburg vorgelegt wird.

Die Regeln zur Betreuung des wissenschaftlichen Nachwuchses an der HAW Hamburg gelten im Umfang ihrer Vereinbarkeit mit den Bestimmungen der promotionsberechtigten Hochschule (Universität). Gleiches gilt im Verhältnis zu Bestimmungen der HAW Hamburg für den Fall, dass der HAW Hamburg das Promotionsrecht verliehen wird.

II. Betreuung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Betreuung an der HAW Hamburg ist keine standardisierte Leistung, sondern ergibt sich in Abhängigkeit u.a. von den fachspezifischen Gegebenheiten, der Kooperationsform, dem Institutionalierungsgrad der Kooperation und aus den jeweiligen Voraussetzungen und Bedarfen des/der Promovierenden.

Jede/r Promovierende/r hat eine primäre Ansprechperson an der HAW Hamburg (HAW-Betreuer/in). Diese Betreuungsperson ist in der Regel hauptverantwortlich für den Betreuungsprozess auf Seiten der HAW Hamburg und für die Koordination der kooperativen Betreuungssituation.

HAW-Betreuerinnen und -Betreuer beraten den wissenschaftlichen Nachwuchs bei der Wahl eines geeigneten Themas.

Die Anzahl der Promovierenden je HAW-Betreuer/in muss eine angemessene Betreuung ermöglichen.

HAW-Betreuerinnen und -Betreuer erhalten Angebote zur Weiterbildung in Fragen der guten Betreuung.

III. Aufklärung über gute wissenschaftliche Praxis einschließlich Umgang mit Daten und hochschulexternen Kooperationspartnern

Die Vermittlung der Grundlagen guter wissenschaftlicher Praxis an Promovierende ist verpflichtend und umfasst die jeweiligen methodischen, fachlichen, überfachlichen und forschungsethischen Bezüge.

Die HAW-Betreuerinnen und -Betreuer wirken auf die Einhaltung dieser Regeln hin einschließlich der Vorgaben für den Umgang mit Daten und hochschulexternen Kooperationspartnern (sog. Industriepromotion).

IV. Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Zur Unterstützung zielgerichteter individueller Kompetenzvermittlung werden Qualifikationsangebote bereitgestellt, die ECTS-kompatibel sein sollen. Teil der qualitativ hochwertigen Betreuung an der HAW Hamburg sind disziplinäre, methodische und überfachliche Qualifizierungsangebote zur Unterstützung der eigenständigen und originären Forschungsarbeit des/der Promovierenden.

Unabhängig von der Finanzierung des Promotionsvorhabens soll Promovierenden Gelegenheit zur Tätigkeit in der Lehre gegeben werden, um Fähigkeiten in der Vermittlung von Fachwissen zu erwerben.

V. Voraussetzungen der Betreuungsübernahme

Der/die HAW-Betreuer/in ist zur Betreuung von Nachwuchswissenschaftlern/innen qualifiziert und verfügt über eine hinreichende fachliche Nähe zum Promotionsthema.

Die Auswahl von Promovierenden erfolgt nach dem Prinzip der Bestenauswahl.

VI. Weitere Beteiligte

HAW-Betreuerinnen und -Betreuer wirken darauf hin, dass die Promovierenden regelmäßig über den Stand ihres Promotionsvorhabens berichten, beispielsweise im Rahmen eines Kolloquiums oder anderer Foren.

In Abhängigkeit von der Ausgestaltung des Promotionsverfahrens an der promotionsberechtigten Kooperationshochschule können an der HAW Hamburg bis zu zwei weitere Betreuungspersonen für Zwecke eines `Progress Monitoring´ hinzugezogen werden (z.B. in Form eines Thesis Advisory Committee/ TAC).

VII. Aufgaben der Qualitätssicherung

HAW-Betreuerinnen und -Betreuer werden durch eine zentrale Einrichtung zur Qualitätssicherung der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses und seiner Betreuung unterstützt. Die Unterstützungsleistungen betreffen vor allem:

- Beratungs- und Qualifikationsangebote für Promovierende und Betreuende,
- Entwicklung und Koordination von Promotionskooperationen,
- Erfassung und Aufbereitung promotionsbezogener Daten,
- Graduiertenkollegs und fachliche Graduierteneinrichtungen der HAW Hamburg.

VIII. Umgang mit Problemen und Konflikten

Die HAW Hamburg bietet den Promovierenden die Möglichkeit, sich bei Meinungsverschiedenheiten an eine unabhängige Stelle zu wenden (Konfliktlotsen, Ombudsstelle).

IX. Betreuungskonzept und Betreuungsvereinbarung für Doktorandinnen und Doktoranden

HAW-Betreuerinnen und -Betreuer entwickeln mit ihren Promovierenden im Rahmen der jeweiligen Promotionskooperation und vor dem Hintergrund der persönlichen Entwicklungsperspektiven des/der Promovierenden ein individuelles Betreuungskonzept. Kern des Betreuungskonzepts ist die in Übereinstimmung mit den individuellen Bedürfnissen strukturierte Kooperation zwischen Betreuenden und Promovierenden mit dem Ziel, das Promotionsvorhaben mit hoher Qualität innerhalb eines angemessenen Zeitraums auf der Grundlage einer abgestimmten persönlichen Entwicklungsplanung des Promovierenden abzuschließen.

Die Betreuungsvereinbarung dient vor allem dem Zweck der Dokumentation von Betreuungsabsprachen. Als Instrument der qualitätsgesicherten Durchführung des Promotionsvorhabens ist sie flexibel hinsichtlich fachlicher Besonderheiten und Anpassungen im Zeitverlauf.

Mindestinhalte der Betreuungsvereinbarung unter Berücksichtigung unterschiedlicher Fächertraditionen und Situationen der Promovierenden sind:

- Arbeitstitel und Fachgebiet(e) der Dissertation
- Beteiligte Hochschulen und Institutionen
- Betreuerinnen und Betreuer, ggf. zusätzliche Ansprechpartner
- Zeitrahmen der Fertigstellung der Dissertation
- Regelmäßige wissenschaftliche Status- und Betreuungsgespräche (mindestens vierteljährlich),
- Qualifizierungen (fachlich, methodisch, überfachlich)
- Anbindung an Forschungsgruppen bzw. an die `Scientific Community`, bspw. durch Vereinbarung der Teilnahme an nationalen oder internationalen Tagungen
- Verantwortung des HAW-Betreuers/der HAW-Betreuerin für die Koordination der Betreuung des Promotionsvorhabens mit dem/der/den Betreuenden der promotionsberechtigten Hochschule
- Schlichtung von Konflikten (Konfliktlotsen, Ombudsverfahren)

Anlage 2: Mögliche Empfehlungen und Sanktionen bei wissenschaftlichem Fehlverhalten (nicht abschließend)

1. Arbeitsrechtliche Konsequenzen, wie insbesondere

Abmahnung, außerordentliche Kündigung, ordentliche Kündigung, Vertragsauflösung

2. Beamtenrechtliche Konsequenzen, insbesondere in Form von

Disziplinarmaßnahmen

3. Akademische Konsequenzen, wie insbesondere

Entzug von akademischen Graden bzw. der Lehrbefugnis

4. Zivilrechtliche Konsequenzen, wie insbesondere

Erteilung eines Hausverbots, Herausgabeansprüche gegen die Betroffenen, wie etwa im Hinblick auf entwendetes wissenschaftliches Material, Beseitigungs- und Unterlassungsansprüche aus Urheberrecht, Persönlichkeitsrechtsverletzungen, Patentrecht und Wettbewerbsrecht, Rückforderungsansprüche (etwa von Stipendien, Drittmitteln oder dergleichen), Schadensersatzansprüche der HAW Hamburg oder von Dritten bei Personenschäden, Sachschäden oder dergleichen;

5. Strafrechtliche Konsequenzen, wie insbesondere

Strafanzeige oder Strafantrag

6. ordnungswidrigkeitenrechtliche Konsequenzen, insbesondere bei

Urheberrechtsverletzungen

7. Widerruf von wissenschaftlichen Publikationen, Information der Öffentlichkeit bzw. der Medien

Satzung der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg über die Verarbeitung personenbezogener Daten

vom 20. Dezember 2018

Der Hochschulsenat der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW Hamburg) hat am 20. Dezember 2018 gemäß § 85 Absatz 1 Nummer 1 in Verbindung mit § 111 Absatz 5 Hamburgisches Hochschulgesetz (HmbHG) vom 18. Juli 2001, zuletzt geändert am 29. Mai 2018 (HmbGVBl. 2018 S. 2018), die nachfolgende Satzung erlassen.

§ 1 Verarbeitung personenbezogener Daten nach § 111 Absatz 1 HmbHG

(1) Die jeweiligen nach § 111 Absatz 1 HmbHG zu verarbeitenden personenbezogenen Daten ergeben sich aus der Anlage 1 zu dieser Satzung.

(2) Studienbewerberinnen und Studienbewerber, Studierende, Prüfungskandidatinnen und Prüfungskandidaten und sonstige Nutzerinnen und Nutzer von Hochschuleinrichtungen sind verpflichtet, der Hochschule für die in der Anlage 1 genannten Verwaltungsaufgaben die dort jeweils zugeordneten personenbezogenen Daten mitzuteilen. Sie haben der Hochschule während des Studiums Änderungen hinsichtlich der bezeichneten Daten mitzuteilen, wenn nicht der den zu ändernden Daten jeweils zugeordnete Verwaltungszweck weggefallen ist.

§ 2 Aufbewahrungsfristen

(1) Die Speicherdauer von nach Absatz 1 zu verarbeitenden personenbezogenen Daten richtet sich nach der „Aktenordnung für die Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg“.

(2) Im Übrigen werden personenbezogene Daten gelöscht, sobald der mit der Verarbeitung verfolgte Zweck erreicht ist.

(3) Die personenbezogenen Daten, die zur Kontaktpflege mit ehemaligen Hochschulmitgliedern erforderlich sind, werden gelöscht, wenn die oder der Betroffene es schriftlich beantragt oder wenn der Hochschule ihr oder sein Versterben mitgeteilt wird.

(4) Die Bestimmungen über die Ablieferung von Unterlagen an das Staatsarchiv bleiben davon unberührt.

§ 3 Verfahren bei der Ausübung des Auskunfts- und Einsichtsrechts

Das Auskunftsrecht nach Art. 15 DS-GVO und weitere Einsichtsrechte der betroffenen Personen sind bei der oder dem Datenschutzbeauftragten der Hochschule zu beantragen und von dieser oder diesem zu entscheiden. Die Gründe für die Gestattung oder Versagung der Auskunft sind aktenkundig zu machen.

§ 4 Daten zu Zwecken der Hochschulstatistik

Die Hochschule ist berechtigt, die in der Anlage 1 aufgeführten und entsprechend gekennzeichneten personenbezogenen Daten für Zwecke der Hochschulstatistik zu verwenden und der zuständigen zu Behörde übermitteln.

§ 5 Maschinenlesbarer Studierendenausweis

(1) Die Hochschule gibt für Studierende zum Nachweis der Mitgliedschaft zur Hochschule bei der Immatrikulation und Rückmeldung einen Studierendenausweis aus. Die Gültigkeit des Studierendenausweises kann jeweils mindestens ein, maximal zwei Semester betragen.

(2) Der Studierendenausweis kann die in Anlage 2 enthaltenen optisch lesbaren Angaben enthalten.

(3) Der Studierendenausweis kann in Form eines mobilen personenbezogenen Datenverarbeitungssystems (z.B. einer multifunktionalen Chipkarte) ausgegeben werden. Dieses

kann eine digitale Signatur enthalten. Maschinenlesbare Studierendenausweise können über den in Abs. 1 genannten Zweck hinaus zu folgenden Zwecken eingesetzt werden:

1. als Benutzerausweis für die Bibliotheken der Hamburger Hochschulen,
2. zum Buchen von Veranstaltungen im Hochschulsport,
3. zwecks Zugangs zu Geräten, Räumen und Parkraum im Bereich der Hochschule,
4. zur Nutzung der Angebote des Studierendenwerks Hamburg als elektronische Geldbörse,
5. als Fahrausweis für den öffentlichen Personennahverkehr,
6. als internationaler Studierendenausweis,
7. als Benutzerausweis für Kopierer und Drucker der Hamburger Hochschulen.

Mobile personenbezogene Datenverarbeitungssysteme können darüber hinaus für weitere Zwecke eingesetzt werden, die der Studierendenorganisation dienen. Hierüber sind die Studierenden zu informieren (z.B. Anmeldung für bestimmte Arten von Lehrveranstaltungen (u.a. Labore, Praktika), Abfrage von Gebühren- und Beitragskonten). Mit ihnen können außerdem Funktionen zur Benutzung öffentlicher oder nichtöffentlicher Stellen ausgeführt werden, wenn die Freiwilligkeit dieser Nutzungen sichergestellt ist. Im Datenspeicher des mobilen Datenverarbeitungssystems werden die in Anlage 2 genannten personenbezogenen Daten nur gespeichert.

(4) Der Studierendenausweis wird von der für die Immatrikulation zuständigen Stelle der Hochschule oder einer von ihr beauftragten Stelle ausgestellt. Meldet der Karteninhaber oder die Karteninhaberin den Verlust des Studierendenausweises, stellt die ausgebende Stelle sicher, dass dieser für die hochschulbezogene Nutzung sowie für eine digitale Signatur im Sinne von § 2 des Signaturgesetzes gesperrt wird. Für das Erstellen des Studierendenausweises wird bei der Immatrikulation ein Lichtbild angefertigt und auf dem Ausweis gespeichert. Eine weitere Speicherung des Lichtbilds ist ohne eine schriftliche Einwilligung der oder des Studierenden nur auf dem Studierendenausweis zulässig.

(5) Jede Kommunikation zwischen dem mobilen personenbezogenen Datenverarbeitungssystem und Lesegeräten setzt die gegenseitige Authentisierung der beiden Systeme mit kryptografischen Mitteln voraus. Die Kommunikation muss für die nutzende Person erkennbar sein. Dies gilt insbesondere, wenn durch diese Kommunikation eine Datenspeicherung ausgelöst wird.

(6) Es ist sicherzustellen, dass bei der freiwilligen Nutzung der Chipkarte für Funktionen außerhalb der Hochschule von diesen Stellen ausschließlich nur diejenigen Daten gelesen werden können, die zur Abwicklung der betreffenden Verfahren erforderlich sind.

§ 6 Verarbeitung personenbezogener Daten nach § 111 Absatz 2a HmbHG

(1) Die nach § 111 Absatz 2a HmbHG zu verarbeitenden Daten ergeben sich aus der Anlage 3 zu dieser Satzung.

(2) Das Verfahren der Datenverarbeitung ist im Zweiten Abschnitt der jeweils geltenden Evaluationsordnung der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg geregelt.

(3) Absolventinnen und Absolventen und andere ehemalige Studierende sind zur Auskunft verpflichtet, sofern keine überwiegenden berechtigten Belange der Befragten entgegenstehen.

§ 7 Verarbeitung personenbezogener Daten nach § 111 Absatz 3 HmbHG

(1) Die nach § 111 Absatz 3 HmbHG zu verarbeitenden Daten ergeben sich aus der Anlage 4 zu dieser Satzung.

(2) Die in der Anlage 4 bezeichneten Daten werden im Wesentlichen durch Auswertung bereits bestehender Verfahren erhoben, dies sind u. a. die Verfahren zur regelhaften Erstellung der Geschäfts- und Amtsstatistiken und der darauf aufbauenden Berichtsformate. Das wissenschaftliche und künstlerische Personal ist verpflichtet, den für die Aufgaben nach § 111 Absatz 3 HmbHG verantwortlichen Stellen, mit Ausnahmen der Daten zur Kontaktpflege, diejenigen Daten zu übermitteln, die von der der Anlage 4 erfasst sind und durch Auswertung bereits bestehender Verfahren nicht ermittelt werden können.

(3) Neue Erhebungs- oder Auswertungsverfahren von Daten der Anlage 4 müssen vorab von der verfahrensbetreibenden Stelle der oder dem Datenschutzbeauftragten der Hochschule zur Genehmigung vorgelegt werden.

§ 8 Aktualisierung verarbeiteter Daten

Die Hochschule kann zur Aktualisierung der zur Kontaktpflege mit ehemaligen Mitgliedern erforderlichen Daten folgende Verfahren verwenden:

1. regelmäßiger Abgleich mit dem Melderegister der Wohnortgemeinde
2. Abgleich mit öffentlich zugänglichen Verzeichnissen (z.B. Telefonverzeichnisse)
3. Beauftragung Dritter.

§ 9 Geltung datenschutzrechtlicher Vorschriften

Bei der Verarbeitung personenbezogener Daten sind die einschlägigen datenschutzrechtlichen Vorschriften in ihren jeweils geltenden Fassungen zu beachten. Insbesondere die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (DS-GVO), das Hamburgische Datenschutzgesetz (HmbDSG) vom 18. Mai 2018) sowie das Hamburgische Hochschulgesetz (HmbHG) vom 18. Juli 2001.

§ 10 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt einen Tag nach ihrer Veröffentlichung im Hochschulanzeiger in Kraft. Mit diesem Zeitpunkt tritt die Satzung der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg über die Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten vom 25. November 2004 in der Fassung vom 2. April 2009 außer Kraft.

Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg

Hamburg, den 20. Dezember 2018

Anlage 1: Nach § 111 Absatz 1 Satz 1 HmbHG zu verarbeitende Daten (§ 111 Absatz 5 Nr. 1 HmbHG); Datenverarbeitung für die Zwecke der Hochschulstatistik (§ 111 Absatz 5 Nr. 2 HmbHG)

Verwaltungsaufgabe	personenbezogene Daten	Hochschulstatistik	Archivdaten
1. Identifikation			X
	a) Name (Familiename, Vorname, Geburtsname)		
	b) Geburtsdatum	x	x
	c) Geburtsort		
	d) Geschlecht	x	x
	e) Anschrift (Hauptwohnsitz, Semesteranschrift; E-Mail-Anschrift; Kreis; Land	x	x
	f) Staatsangehörigkeit	x	x
	g) Passbild		
	h) Matrikelnummer		
2. Zulassung		x	x
	a) Hochschulzugangsberechtigung (Art, Land, Kreis, Ort, Gesamtnote, Datum)		
	b) geleistete Dienste (Wehr-, Ersatzdienst, Dienst als Bundesfreiwilligen- oder Entwicklungshelferin bzw. Entwicklungshelfer, Ableistung des freiwilligen sozialen Jahres		
	c) berufspraktische Tätigkeiten und besondere Fähigkeiten (Aufnahmeprüfung oder ähnliches), die zu Beginn des Studiums vorhanden sein müssen, Semester an Studienkollegs Davon : - Berufsausbildung mit Abschluss - Praktikum oder Volontariat	x	x
	d) Studienfächer, Studiengänge, Studienschwerpunkte,	x	x

	Fachsemester, in das die Bewerberin bzw. der Bewerber eingestuft werden will		
	e) angestrebter Abschluss	x	x
	f) weitere Immatrikulationen	x	x
	g) Studienverlauf für alle bisher besuchten Hochschulen mit Zeitangaben (Bezeichnung/Name der Hochschule, Semester, Fachsemester, Urlaubssemester, Auslandssemester, - Art, Land, Dauer -, Praxissemester, Studienunterbrechungen Art, Dauer-, Art und Dauer eines Studiums in der früheren DDR und in Berlin (Ost), Präsenzstudium/ Fernstudium Zeitpunkt, Fach, Art und Ergebnis der bisher abgelegten Vor-, Zwischen- und Abschlussprüfungen sowie der studienbegleitenden Leistungskontrollen, Studiengangswechsel mit Begründung, Immatrikulationen, Exmatrikulationen mit Begründung, nicht bestandene und endgültig nicht bestandene Prüfungen, verloren gegangene Prüfungsansprüche, Anrechnung von Studienzeiten)	x	x
	h) Gründe für ein Zweitstudium bei abgeschlossenem Studium		
	i) bei Ausländerinnen und Ausländern mit ausländischer Hochschulzugangsberechtigung hinreichende deutsche Sprachkenntnisse		
	j) Semester an Studienkollegs	x	
3. Immatrikulation			
	Die unter Nummer 2 genannten Daten sowie zusätzlich	x	
	a) Zahlung der gesetzlichen und		

	satzungsmäßigen Gebühren und Beiträge		
	b) Abschluss einer ausreichenden Krankenversicherung		
	c) Anordnung einer Betreuung		
	d) Fakultät und Department , bei dem das aktive Wahlrecht ausgeübt werden soll		
	e) Geburtsdatum der Betroffenen		
	f) bei Doktoranden: Zulassungsbescheide der kooperierenden Universität, Betreuungsvereinbarung, Finanzierungsgrundlage		
4. Rückmeldung			
	a) Zahlung der gesetzlichen und satzungsmäßigen Gebühren und Beiträge		
	b) Annahme als Doktorand (bei Promotionsstudium) Zulassungsbescheid der kooperierenden Universität, Betreuungsvereinbarung, Finanzierungsgrundlage	x	x
	c) Hochschulsesemester und Fachsemester, Beurlaubungssemester, Auslandssemester, Praxissemester	x	x
5. Beurlaubung			
	a) Gründe für die beantragte Beurlaubung	x	x
	b) bisheriger Studienverlauf entsprechend Nummer 2 Buchstabe g	x	
6. Teilnahme an Lehrveranstaltungen und Nutzung von Hochschuleinrichtungen			
	a) Hochschulsesemester,		

	Fachsemester, Urlaubssemester, Auslandssemester, Lehrveranstaltung		
	b) bisheriger Studienverlauf in der Hochschule entsprechend Nummer 2 Buchstaben d), e), f), g)		
	c) im Falle einer Nebenhörerschaft Immatrikulationsbescheinigung, Nachweise über den bisherigen Studienverlauf		
	d) bei Gasthörerinnen und -hörern Gründe für den beantragten Gasthörerstatus, Nachweise über die Vorbildung und die bisherige Tätigkeit, Nachweis über die Zahlung der zu entrichtenden Gebühren		
	e) im Falle eines Frühstudiums: Nachweis über die besondere Begabung		
	f) im Falle eines Vorbereitungsstudiums: Motivationsschreiben, relevante Schulabschlüsse, Studienvorerfahrung bzw. Berufsausbildung und sonstige studienrelevante Kompetenzen		
	g) Im Falle eines Zertifikatsstudiums: Nachweis über die Zahlung der zu entrichtenden Entgelte bzw. Gebühren		
	h) Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Anpassungslehrgängen: Nachweis über die Zahlung der zu entrichtenden Gebühren		
	i) nur bei sonstigen Nutzerinnen und Nutzern von Hochschuleinrichtungen im Sinne von § 1: Name, Vorname, akademischer Titel, Geburtsdatum, E-Mailadresse, Telefonnummer (nur der Ansprechpartner bei juristischen Personen) und Anschrift. Im Falle		

	<p>der Nutzung der Bibliothek zusätzlich: Status an der HAW Hamburg (Nutzertyp), Nutzernummer (inkl. im Falle von Verlust die vorangegangene) sowie Gültigkeit der Bibliotheksausweise, Datum und Uhrzeit der Aufnahme in die Datenbank, letzte Änderungen der Datensätze, letzte Aktivität in Bezug auf die Nutzung der Bibliothekssysteme, zu entrichtende Gebühren inkl. Begründung, Vormerkungen, verspätete Abgabe von Medien und deren Bezeichnung, Anzahl offener Mahnungen, sofern relevant: seit Beginn der Zulassung zur Nutzung Summe der Mahnungen, der bestellten Medien, der vorgemerkten Medien und der bisherigen Entleihungen, aktuelle Entleihungen, Bestellungen und Vormerkungen, bei Semesterapparaten Nutzername und bestellte Medien, bei Nutzung durch Unternehmen und kooperierende Institute: Name, Vorname, E-Mailadresse, Telefonnummer der nutzenden Person</p>		
7. Prüfungen			
	a) Studienverlauf entsprechend Nummer 2 Buchstaben d), e), g), f) und Matrikelnummer	x	X
	b) Art der abgelegten Zwischenprüfung und Art der abgelegten Abschlussprüfung		X
	c) Durchschnittsnote bei erfolgreich abgelegter Zwischenprüfung und/oder Abschlussprüfung		X
	d) bei Promotionen: zuletzt besuchte Hochschule, abgelegte Abschlussprüfung und Matrikelnummer bei Promovenden mit Studentenstatus	x	X
	e) Art und Noten der Prüfungen		X

	f) bei zweiten Wiederholungen: Teilnahme an einer Studienberatung, soweit nach der Prüfungsordnung erforderlich		
	g) Passbild		
	h) erfolgte Rückmeldung		
	i) abgeleistete Berufspraktika	x	
	j) Prüfungsergebnisse, Prüfungsantworten, Anmerkungen des Prüfers		
	k) Anzahl der im Ausland erworbenen ECTS-Punkte, die anerkannt werden, Art des Auslandsaufenthaltes, Dauer, Staat des Aufenthaltes sowie Art des Programms		
8. Exmatrikulation		x	X
	a) Grund (z.B. erfolgreicher Studienabschluss mit Art der Abschlussprüfung und Studienfach, Studienortwechsel mit Art der bisher angestrebten Abschlussprüfung und des bisherigen Studienfachs)		
	b) Fachsemester bis zum Exmatrikulationssemester		
	c) Hochschulsemester bis zum Exmatrikulationssemester		
	d) Geburtsdatum der Betroffenen		
9. Hochschulplanung			
	Daten der Ziffern 1 bis 8 dürfen verwendet werden. In der Auswertung sind die Daten zu anonymisieren bzw. zu pseudonymisieren. Zusätzlich:		
	a) Angabe, ob Erst - oder Zweitstudium		
	b) Fach - und/oder Abschlusswechsler		

	c) Zulassungen in höheren Fachsemestern und Hochschulsemestern		
	d) Angaben zum Grund der Exmatrikulation		
	e) Dauer der Gesamtstudienzeit (Hochschulsemester, Fachsemester)		
10. Beiträge und Gebühren			
	a) Die für die Feststellung eines Befreiungsgrundes erforderlichen Daten		
	b) Kontodaten		
11. Sicherung und Verbesserung der Qualität in Studium und Lehre			
	a) Kontaktdaten (E-Mail-Adresse)		
	b) Fakultät		
	c) Department		
	d) Studiengang		
	e) Abschlussart		
12. Kontaktpflege mit ehemaligen Hochschulmitgliedern			
	a) Name (Familienname, Vorname, Geburtsname)		
	b) Geburtsdatum		
	c) Geschlecht		
	d) Anschrift, Telefonnummer und E-Mailadresse		
	e) Fakultät oder Department der Hochschule, welchem die oder der Studierende zuletzt angehörte		
	f) Name des Studiengangs und Datum der Beendigung des		

	Studios		
--	---------	--	--

Anlage 2: Daten des maschinenlesbaren Studierendenausweises nach § 111 Absatz 1 Satz 2 HmbHG (§ 111 Absatz 5 Nr. 3 HmbHG)

1. optisch lesbare Angaben	
	a) Name und Vorname
	b) Matrikelnummer
	c) Gültigkeitsdauer und Hinweis auf das jeweils geltende Semester,
	d) Lichtbild,
	e) Gültigkeitsumfang Hamburger Verkehrsverbund,
	f) Bibliotheksnummer / Barcode
2. Im Datenspeicher des mobilen Datenverarbeitungssystems enthaltene Daten (Daten, die zur Erteilung des Ausweises verarbeitet werden müssen)	
	a) Matrikelnummer,
	b) Hochschulnummer,
	c) Kartennummer,
	d) Gültigkeitsdauer oder Hinweis auf das jeweils geltende Semester,
	e) Statusgruppe (§ 10 Abs.1 HmbHG),
	f) PIN,
	g) die für eine digitale Signatur im Sinne von § 2 des Signaturgesetzes erforderlichen Daten,
	h) die für die Anwendung von Verschlüsselungsverfahren erforderlichen Daten,
	i) die für die Anwendung von Authentisierungsverfahren erforderlichen Daten,
	j) Bibliotheksnummer,
	k) Zutrittsnummer (Zugangsberechtigung),
	l) Chipseriennummer,

	m) zentrale Kartenfolgenummer,
	n) Cardowner-ID (von der HAW vergebene, eindeutige Kennziffer),
	o) Kopierkontonummer und Berechtigungsumfang,
	p) Berechtigungen Hamburger Verkehrsverbund,
	q) Projektnummer Mensa,
	r) Projektnummer Zutrittskontrolle.

Anlage 3: Nach § 111 Absatz 2a HmbHG zu verarbeitenden Daten; (§ 111 Absatz 5 Nr. 4)

Aufgabe	personenbezogene Daten
1. Sicherung und Verbesserung der Qualität in Studium und Lehre	
	a) Daten von Absolventinnen und Absolventen (Kontaktdaten (Name, Vorname; E-Mail-Adresse), Angaben zum Studium (Fakultät, Department, Studiengang, Abschlussart), Einschätzungen zu Studienverlauf, Prüfungsverfahren, Studierbarkeit, Kompetenzerwerb, Beratungs- und Serviceangeboten, Übergang von Studium zu Beruf, Verbleib)
	b) Daten anderer ehemaliger Studierende (Kontaktdaten (Name, Vorname; E-Mail-Adresse), Angaben zum Studium (Fakultät, Department, Studiengang, Abschlussart), Gründe für den Studienabbruch)
2. Befragung über die Gründe zum Studienverlauf- und Ergebnis	
	a) Daten von Absolventinnen und Absolventen (Kontaktdaten (Name, Vorname; E-Mail-Adresse), Angaben zum Studium (Fakultät, Department, Studiengang, Abschlussart), Einschätzungen zu Studienverlauf, Prüfungsverfahren, Studierbarkeit, Kompetenzerwerb, Beratungs- und Serviceangeboten, Übergang von Studium zu Beruf, Verbleib)
	b) Daten anderer ehemaliger Studierende (Kontaktdaten (Name, Vorname; E-Mail-Adresse), Angaben zum Studium (Fakultät, Department, Studiengang, Abschlussart), Gründe für den Studienabbruch)

Anlage 4: Datenverarbeitung hinsichtlich des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals § 111 Absatz 3 HmbHG (§ 111 Absatz 5 Nr. 4 HmbHG)

Aufgabe	personenbezogene Daten
1. Beurteilung der-Forschungstätigkeit	
	a) Publikationen, im Einzelnen Erscheinungsdatum der Publikation Ort der Publikation (z.B. Name der Zeitschrift, des Buches) Thema der Publikation Urheberschaft (Herausgeber, Alleinautor, Mitautor) Anzahl der Zitierungen
	b) Herausgabe von Schriftenreihen und Zeitschriften
	c) Teilnahme an Kongressen, Tagungen und Seminaren; wissenschaftliche Vorträge, im Einzelnen Art der Veranstaltung Ort Dauer Teilnahmeform (Dozent, Organisation etc.) Veranstaltungsbezeichnung (Ort, Organisation), Thema
	d) Mitwirkung an nationalen und internationalen Lehr- und Forschungsk Kooperationen
	e) Gutachtertätigkeiten, einschließlich Gutachten in Berufungsverfahren
	f) Tätigkeiten als Gastprofessor und -dozent, beinhaltend Ort und Einrichtung Zeitraum Tätigkeitsschwerpunkt
	g) Erhaltene Preise und Ehrungen
	h) Mitgliedschaften in wissenschaftlichen Vereinigungen
	i) forschungsorientierte Beratertätigkeit in Industrie oder Wirtschaft
	j) eingeworbene Drittmittel, im Einzelnen Herkunft der Mittel, Höhe der Mittel Projektthema angemeldete Patente
	k) Teilnahme an nationalen und internationalen Ausstellungen und Wettbewerben (Name der Ausstellung, des Wettbewerbs, Ergebnisse)
	l) Anzahl der künstlerischen Präsentationen und Veranstaltungen

	m) Beteiligung an universitären Partnerprogrammen (beinhaltend Informationen zu Art, Ort, Zeit, Teilnehmerzahl und Form der Beteiligung)
2. Beurteilung der Lehrtätigkeit und des Studienangebots	
	a) Kontaktdaten (Name, Vorname, E-Mailadresse)
	b) Art und Umfang der Lehrveranstaltungen (z. B. Name und Kennung der Veranstaltung, Studiengang, Department, Fakultät)
	c) Zeitraum und Dauer der Veranstaltungen (Stundenplan)
	d) Angaben zu Inhalten und Rahmenbedingungen der Veranstaltung (z.B. Seminarplan, Literaturliste etc. sowie Lernumgebung, Tempo und Lernzeit, Struktur und Nachvollziehbarkeit)
	e) Didaktisches Konzept der Veranstaltungen
	e) Zahl, Status und Qualifikation der Teilnehmer und Teilnehmerinnen
	f) besondere Lehraufgaben (z.B. Ringvorlesung)
	g) Beteiligung an universitären Partnerprogrammen (beinhaltend Informationen zu Art, Ort, Zeit, Teilnehmerzahl und Form der Beteiligung)
	h) Betreuung von Stipendiaten (beinhaltend Informationen zu Art, Ort, Zeit, Teilnehmerzahl und Form der Beteiligung)
	i) Tätigkeiten in der allgemeinen Studienberatung und Studienfachberatung (mit Art, Aufgabenstellung und zeitlichem Umfang)
3. Ablauf von Studium und Prüfungen	
	a) Promotionen, Habilitationen, im Einzelnen Fachbereiche der betreuten Arbeiten Themen der betreuten Arbeiten Umfang der betreuten Arbeiten
	b) Art und Anzahl abgenommener Prüfungen
	c) Zahl, Art und durchschnittliche Benotung der ausgegebenen Leistungsnachweise, jeweils nach einzelnen Leistungsnachweisen gegliedert;
	d) Teilnahme an Berufungsverfahren

	e) Tätigkeiten in der Studienreform (mit Art, Aufgabenstellung und zeitlichem Umfang)
	f) Tätigkeiten in der allgemeinen Studienberatung und Studienfachberatung (mit Art, Aufgabenstellung und zeitlichem Umfang)
4. Planungs- und Organisationsentscheidungen	
	a) Personal (Anzahl Personen, Altersstruktur, Beschäftigungsumfang (VZÄ))
	b) Organisatorische Zuordnung (Kostenstelle, Kostenträger)
	c) Finanzierung (Mittelherkunft, Mittelverwendung)
	d) Beschäftigungsmerkmale (Amts-/Dienstbezeichnung, Geschlecht, Befristung, kw-Vermerk)
	e) erbrachte Lehrleistung
5. Gleichstellungsauftrag	
	a) Lehrangebote und Forschungsvorhaben/-projekte mit Genderthematik (beinhaltend Informationen zu Art, zeitlichem Umfang und Teilnehmerzahl)
	b) Wahrnehmung einer Mentorinnen/Mentorenfunktion für Nachwuchswissenschaftlerinnen
	c) besondere Betreuungsleistungen für Studentinnen (beinhaltend Informationen zu Art, wahrgenommener Funktion und zeitlichem Umfang)
	d) Initiierung von Schülerinnen- und Schülerprojekten (beinhaltend Informationen zu Art, wahrgenommener Funktion, zeitlichem Umfang und Teilnehmerzahl)
	e) Teilnahme an Weiterbildungsangeboten zur Gleichstellungsthematik und/oder Gendertrainings (beinhaltend Informationen zu Art und zeitlichem Umfang)
	f) Tätigkeit als Gleichstellungsbeauftragte/r (beinhaltend den Zeitraum der Tätigkeit)
6. Kontaktpflege mit ehemaligen Mitgliedern	

	a) Name, Vorname
	b) Geburtsdatum
	c) Anschrift
	d) E-Mailadresse